

POSTULAT von Regine Sauter (FDP, Zürich), Beat Walti (FDP, Zollikon) und Gaston Guex (FDP, Zumikon)

betreffend Überprüfung der Publikationen der kantonalen Verwaltung

Der Regierungsrat wird eingeladen, die Publikationen der kantonalen Verwaltung kritisch zu überprüfen. Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen: Erfolgen die Publikationen aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung oder eines ausgewiesenen Informationsbedürfnisses, wie ist der Bedarf an Ressourcen für ihre Herstellung (Personal- und Sachkosten) und werden dadurch Private konkurrenziert, welche die entsprechende Informationstätigkeit bereits wahrnehmen? Es ist aufzuzeigen, welche Einsparungen aufgrund dieser Evaluation möglich sind.

Regine Sauter
Beat Walti
Gaston Guex

273/2009

Begründung:

Eine sachgerechte, professionelle Information erachten wir als wichtig und richtig. Sie schafft Transparenz und Vertrauen in die Tätigkeit der kantonalen Verwaltung respektive der öffentlichen Hand. Angesichts finanziell limitierter Möglichkeiten sind aber Grenzen zu ziehen zwischen Nötigem und Wünschbarem.

So wird der Kantonsrat und auch die breitere Öffentlichkeit regelmässig mit umfangreichem Informationsmaterial bedient. Einiges ist hilfreich, vieles aber auch unnötig oder zumindest nicht zielgruppengerecht. Insbesondere die Baudirektion gefällt sich darin, zu jedem Projekt und jedem Thema eine wunderbare Hochglanzbroschüre zu verfassen, betreffe dies eine interne Neuorganisation, die «Quellen und Grundwasservorkommen zwischen Sihltal und Zürichsee» oder die Westumfahrung Zürich. Auch die «Zürcher Umwelt Praxis» wird uns immer zugestellt. Gerade bei letzterer, aber nicht nur dort, stellt sich die Frage, wo der gesetzliche Auftrag liegt, diese zu publizieren, resp. ob nicht private Organisationen dies ebenfalls wahrnehmen könnten, sofern dafür ein ausgewiesenes Bedürfnis besteht. Gleiches gilt im übrigen für die Migrationszeitung «mix» der kant. Integrationsfachstelle. Auch die Publikation von Jahresberichten durch einzelne Verwaltungsabteilungen, beispielsweise das Veterinäramt, kann kritisch hinterfragt werden, da diese Informationen ja durch den Geschäftsbericht des Regierungsrates abgedeckt sein müssten.

Die Herstellung dieser Publikationen bedarf Ressourcen. Angesichts schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen sind deshalb auch diese Leistungen kritisch zu überprüfen